

1. Krisen und Zukünfte

»Soziale Umverteilung und nicht so sehr Wachstum wird die Politik des neuen Jahrtausends bestimmen. Die marktunabhängige Zuteilung von Ressourcen, oder zumindest eine scharfe Beschränkung der marktwirtschaftlichen Verteilung, wird unumgänglich sein, um der drohenden ökologischen Krise die Spitze zu nehmen. Und auf die eine oder andere Weise wird das Schicksal der Menschheit im neuen Jahrtausend vom Wiederaufbau der öffentlichen Institutionen abhängig sein.« (Hobsbawm 2003, 711)

Seit diese Worte des britischen Sozialhistorikers Eric Hobsbawm Mitte der 1990er Jahre im englischen Original erschienen sind, ist über ein Vierteljahrhundert vergangen – und im Großen und Ganzen lag er daneben. Die ökologische Krise hat sich verschärft, der Wohlfahrtsstaat, wie er bis in die 1970er Jahre ausgebaut wurde, wurde geschwächt und durch verschiedene Regierungsbündnisse neoliberal umgebaut, der Markttasch wurde gestärkt und soziale Ungleichheiten haben eher zugenommen (siehe Kap. 3.2–3.4). Auch in einem anderen Punkt irrte sich Hobsbawm: Angesichts der seit spätestens den 1980er Jahren zu beobachtenden niedrigen Wachstumsraten der Wirtschaften im hochentwickelten kapitalistischen Zentrum (Nordamerika, Westeuropa und Japan) stand Wachstumsförderung ganz oben auf der politischen Agenda. Und das überwiegend mit Hilfe steuerlicher Entlastungen von Unternehmen und Wohlhabenden, durch technologische Innovationsförderung, mit Hilfe der versuchten Senkung von Sozialstaatsleistungen und einer Wende hin zur aktivierenden und strafenden Arbeitsmarktpolitik. Hatte der fossile Nachkriegskapitalismus bis in die späten 1970er Jahre hinein eine Art integrative Klassengesellschaft entstehen lassen (die ab Ende der 1960er Jahre durch eine Reihe starker sozialer und politischer Konflikte durchzogen wurde¹), hatte ab Anfang der 1980er Jahre eine grundlegende politische Tendenzwende begonnen.

Entstanden ist so eine prekäre Zweidrittelgesellschaft. Wichtig dafür war auch ein sozialstaatspolitischer Richtungswechsel (Judt 2006, 610f.), der auch in der Bundesrepublik seit Beginn der 1980er Jahre vollzogen wurde. Hatte zumindest in den europäischen Marktwirtschaften ein breiter politischer Konsens dazu beigetragen, dass die Wohlfahrtsstaaten auf- und ausgebaut worden waren (Borchert 1996, 46; Kaelble 2007, 340),

1 Siehe hierzu (Birke 2007, 216f.; Herbert 2014, 841f.; Horn 2007).

verfolgten Regierungen in fast allen westlichen Demokratien seit etwa Ende der 1970er Jahre Politiken, die darauf zielten den Sozialstaat um- und abzubauen und den gesellschaftlichen Reichtum eher nach oben umzuverteilen (Borchert 1996, 41). Insbesondere die Reformen der Rot-Grünen Bundesregierung zu Beginn der 2000er Jahre förderten Ungleichheit und soziale Unsicherheit (Mayer-Ahuja/Nachtwey 2021, 116–118). Auch infolge dieser Politik entfaltet sich in Deutschland m.E. eine schleichende soziale Krise. Diese Krise ist gekennzeichnet durch die weite Verbreitung prekärer Arbeitsverhältnisse, durch gestiegene und verfestigte Armut und durch die drohende Abkopplung des – in der groben Tendenz – unteren Drittels der Bevölkerung. Die strukturelle Massenarbeitslosigkeit ist ein wichtiges Charakteristikum dieser Gesellschaft, von Vollbeschäftigung, wie es sie in vielen westeuropäischen Ländern Ende der 1960er und Anfang der 1970er Jahre gegeben hat, kann jedenfalls keine Rede sein. Zwar ist die Erwerbslosenquote in Deutschland seit etwa 2005 deutlich zurückgegangen². Dennoch bleibt die Arbeitslosigkeit als drohendes Schicksal – ob Fachkräfteengpässe, von denen zu hören ist, einen Rückgewinn an sozialer Sicherheit ermöglichen werden, ist offen³. Die heutige prekäre Zweidrittelgesellschaft ist durch große soziale Ungleichheit und Unsicherheit geprägt, aber die Menschen auf den verschiedenen Etagen der heutigen Klassengesellschaft sind davon sehr unterschiedlich betroffen. Die soziale Mitte steht unter Druck, die oberen Schichten und das Bürgertum profitieren, sozial entkoppelt zu werden drohen dagegen lediglich ein Fünftel bis ein Drittel der unteren Klassen, insbesondere der Arbeiter*innenklasse.

Diese schleichende soziale verschränkt sich mit der ökologischen Krise, die dem kritischen Zeitgenossen Hobsbawm zu Beginn der 1990er Jahre bereits bewusst war (Deppe 2021, 282f.; Dörre 2021, 50f.)⁴. Hatte der fossile Kapitalismus auf der Grundlage eines enormen Ressourcenverbrauchs die Entstehung der integrativen Klassengesellschaft der

- 2 Die Zahl der Erwerbslosen dürfte in jedem Jahr deutlich höher liegen als von der offiziellen Statistik ausgewiesen. Bei der Interpretation der Erwerbslosenstatistik ist zu bedenken, wer mittlerweile nicht mehr als erwerbslos gilt. »Enthalten« sind nicht: Menschen, die 58 Jahre alt sind, seit 12 Monaten Arbeitslosengeld 2 beziehen und in dieser Zeit kein Jobangebot bekamen; alle Erwerbslosen, die in einer Fortbildungs-, Weiterbildungs-, Trainings- oder Arbeitsbeschaffungsmaßnahme sind; alle krankgeschriebenen Menschen; Erwerbslose, die ihre Pflichten bei der Arbeitssuche nicht erfüllen.
- 3 Denkbar ist, dass gegenwärtige und zukünftige Fachkräfteengpässe die Arbeitsmarktmacht von Lohnabhängigen stärken und Unternehmer*innen dazu zwingen, um Arbeitskräfte zu konkurrieren. Das würde zu einem Rückenwind für Gewerkschaften führen, möglicherweise zu einem Entprekariisierungsschub beitragen, sollten Betriebsräte und Gewerkschafter*innen diesen zu nutzen wissen. Das Regime der Angst und Verunsicherung (siehe Kap. 4.3 und 4.4) würde gebrochen. Zum Zusammenhang zwischen Arbeitskräfteengpässen und gewerkschaftlichem Rückenwind siehe u.a. Goes/Dörre/Schmalz/Thiel 2015, 49f. Ebenfalls zu berücksichtigen ist die Entwicklung der Reallöhne. Zwischen 2013 und 2019 waren diese wieder moderat gestiegen, seither hat sich dieser Trend aber umgekehrt. Von 2019 auf 2020 sanken die Reallöhne u.a. aufgrund starker Teuerung um 1,1 Prozent, von 2020 auf 2021 um 0,1 Prozent und schließlich von 2021–2022 um 4 Prozent (Bundesamt für Statistik 2023). Insbesondere Beschäftigte aus unteren Einkommensschichten und dem Niedriglohnsektor dürften von der Inflation stark betroffen sein.
- 4 Dass sie zum prägenden Thema der öffentlichen Diskussion in Deutschland wurde, hat mit der Entstehung der Klimagerechtigkeitsbewegung zu tun, aber auch mit intensiven Wettererfahrungen

Nachkriegszeit ermöglicht, hat er auch destruktive Formen der Naturbeherrschung, eine Naturzerstörung neuer Qualität hervorgebracht (siehe Kap. 3). Die Folge waren erste Erscheinungsformen einer ersten ökologischen Krise. Auch sie hat sich in den vergangenen rund 25 Jahren enorm vertieft, nicht zuletzt als sich verschärfende Klimakrise. Die Menschheit setzt der Atmosphäre in einem atemberaubend schnellen Tempo Kohlendioxid zu, »[...] hundertmal so schnell wie zu jedem anderen Zeitpunkt in der Geschichte der Menschheit vor dem Beginn der Industrialisierung.« (Wallace-Wells 2019, 50). Anders als wirtschaftliche und infolgedessen die sozialen Krisen entwickelt sich die ökologische Krise allerdings nicht zyklisch, sondern kumulativ. Das heißt, die Probleme häufen sich an und verschärfen sich so, verursachen immer größere Schäden, die auch nicht mehr rückgängig gemacht werden können (Altvater 2010, 231).

»Die Luftverschmutzung in den Großstädten, die Verunreinigung des Trinkwassers und die Umweltverschmutzung ganz allgemein haben exponentielle Zuwächse. Der gesamte Planet erwärmt sich, das Eis der beiden Polarkappen (Grönland und Antarktis) schmilzt, die »naturbedingten« Überschwemmungen vervielfachen sich. Die Zerstörung der Ozonschicht, welche die Erdatmosphäre umgibt, hat begonnen. Mit beschleunigter Geschwindigkeit werden die tropischen Regenwälder zerstört, und die Biodiversität verringert sich auf vergleichbar rasante Weise durch das Aussterben von Tausenden von Tierarten. Die Böden trocknen aus, es kommt zur Desertifikation, der Ausweitung der Wüsten. Abfälle häufen sich an, insbesondere atomare Abfälle, die unmöglich sicher deponiert werden können, sei es auf den Kontinenten oder unter dem Meeresspiegel der Ozeane. [...]. Die Lebensmittel werden durch Pestizide und andere giftige Substanzen verschmutzt – nicht zu reden von genetischer Manipulation, vom »Rinderwahnsinn« oder den Hormonfleisch-Skandalen... All diese Warnblinkanlagen stehen auf Rot. [...]. Man gibt sich keineswegs einem Katastrophismus hin, wenn man feststellt, dass die unbegrenzte Dynamik des »Wachstums«, welche die kapitalistische Expansion mit sich bringt, die Grundlagen des menschlichen Lebens auf diesem Planeten auszulöschen droht.« (Löwy 2016, 23)

Es droht ein zivilisationszerstörender ökologischer Bruch, von dem die Klimakrise allerdings lediglich ein Teil ist⁵, ein Bruch bei dem es nicht nur um die Nachhaltigkeit der menschlichen Gesellschaften, sondern überhaupt darum geht, ob es noch eine Vielfalt des Lebens auf der Erde geben wird (Bellamy Foster/Clark/York 2011, 16). Ändern wir unsere Wirtschafts- und Lebensweise nicht radikal, reduzieren wird also nicht – auf globaler Ebene – die Verschmutzung unserer Atmosphäre in enormen Maßen, würde das gegen Ende dieses Jahrhunderts heißen,

»[...] dass große Gebiete in Afrika, Australien und den Vereinigten Staaten, die Teile von Südamerika, die nördlich von Patagonien liegen, und ganz Asien südlich von Sibirien

gen, beispielsweise mit dem »Sommer der Feuer und Fluten« (Klein 2021, 85), den wir im Jahr 2021 auch in Europa und Deutschland erleben.

5 Andere Elemente sind z.B. die Übersäuerung der Ozeane, der Ozonmangel in der Stratosphäre, der zu hohe weltweite Frischwasserverbrauch und der Verlust an Biodiversität (Bellamy Foster/Clark/York 2011, 16).

durch Hitze, Verwüstung und Überschwemmungen unbewohnbar wären. Ganz sicher wären sie und viele weitere Regionen unwirtlich.« (Wallace-Wells 2019, 51)

Die Klimakrise ist eng mit Klassen- und Ungleichheitsverhältnissen verbunden. Der Kapitalismus selbst zerstört aus systemischen Gründen die Umwelt (Wright 2017, 123–124), das ökologische Desaster ist nicht Folge unangemessenen Verhaltens von Unternehmen oder Konsument*innen. Die kapitalistische Produktionsweise ist expansiv, Kapital soll Profite abwerfen. Dazu will es mit möglichst billiger Arbeitskraft, möglichst billiger Nahrung (für die benötigten Arbeitskräfte und ihre Familien), möglichst billigen Rohstoffen und möglichst billiger Energie versorgt werden, um möglichst hohe Gewinne durch maximalen Warenabsatz einzustreichen (Patel/Moore 2018, 35–54). Gefräßiges Kapitel, dem nur politisch Einhalt geboten werden kann, hat eine Verschränkung von sozialer und existenzbedrohender ökologischer Krise hervorgebracht (Dörre 2021, 61f.).

Klassenungleichheiten sind im Zusammenhang der Klimakrise aus mehreren Gründen entscheidend. *Erstens* leben wir zwar alle auf demselben Planeten, aber wir sind trotzdem in unterschiedlichem Maße und in unterschiedlicher Weise von den Folgen der Erderwärmung betroffen. Die Folgen der weltweiten ökologischen Krise sind nicht nur auf dem Globus ausgesprochen ungerecht verteilt (Müller/Sommer 2021, 93), sie sind es auch sozial – und zwar in Abhängigkeit von unserer Stellung in unserer Klassengesellschaft (Dörre 2022, 54f.; Rackwitz 2022, 98; Zeller 2020, 12). *Zweitens* tragen Menschen, die an der Spitze unserer Klassengesellschaft stehen, in größerem Maße dazu bei, dass die Umwelt zerstört und die Klimakrise verschärft wird – das gilt insbesondere für die profitabhängigen Kapitalist*innen, es gilt aber auch für Menschen mit großen Einkommen, die trotz Biokonsums einen viel größeren ökologischen Fußabdruck haben als »einkommensschwache« Menschen (Zelik 2020, 58, 200). Eine große Rolle spielen dabei auch der Luxuskonsum und die Hypermobilität der Superreichen (Neckel 2023, 51f.). *Drittens* springen Klassenspaltung und soziale Ungleichheiten ins Auge, wenn man sich der Frage zuwendet, auf welche Art und Weise der weitere Anstieg der Temperaturen und eine katastrophale Entwicklung des Weltklimas verhindert werden kann. Soll die Erderwärmung über ein Maß hinaus verhindert werden, das für Millionen zu katastrophalen Lebensbedingungen führt, und die weitere ökologische Entwicklung unkontrollierbar macht, muss der Schadstoffausstoß drastisch verringert werden. Der Energieverbrauch muss gesenkt werden, besonders schadstoffstarke Wirtschaftsbranchen zurückgebaut und abgeschafft werden. In den nationalen Klassengesellschaften, in denen wenige viel besitzen und viele wenig haben, als auch auf Weltebene, auf der mehr als 3 Milliarden Menschen schon heute unter elenden Bedingungen leben, stellt sich die Frage wer auf was verzichten muss, wessen Jobs und wessen Lebensgrundlagen verschwinden, wenn ein wirklich klimaschützender Umbau begonnen wird. Wenngleich die historisch entstandenen nationalen Kapitalismen sich nur in ihrer komplexen und widersprüchlichen Einheit begreifen lassen, gibt es doch einen fossil-industriellen Kern, der von verschiedenen Kapitalgruppen gebildet wird. Die Teile der hiesigen Arbeiter*innenklasse, aber auch der lohnabhängigen Mittelklasse und des Kleinbürgertums, die von diesen Kapitalgruppen ausgebeutet werden und abhängig sind, sind vom ökologischen Umbau in besonderem Maße betroffen. Welche Jobalternativen gibt es für diejenigen, die nicht mehr in der Automobil- oder Luftfahrtindustrie und im Kohleabbau arbeiten

können? Oder: Wie kann man denen, die heute bereits im globalen Süden in Armut leben, einen sozialen Aufstieg ermöglichen, humane Lebensbedingungen verschaffen, ohne den CO₂-Ausstoß in einem Maße zu steigern, dass die Lebensgrundlagen der Menschheit zerstört werden (Tanuro 2015, 19)?

1.1 Die Möglichkeit einer sozial-ökologischen Sozialstaatspolitik

All das sind Verteilungsfragen – Fragen der Verteilung von Lebenschancen und Reichtum, von Verantwortung für die drohende Klimakatastrophe und Fragen der Verteilung der Lasten und Kosten für ihre Bewältigung auf die verschiedenen Gesellschaftsklassen und Schichten innerhalb dieser Klassen. *Dabei wird zumindest in Ländern wie der Bundesrepublik Deutschland auch der Wohlfahrtsstaat eine entscheidende Rolle spielen, dessen Umbau eine sozial gerechte Bewältigung der Klimakrise ermöglichen könnte, wenn er mehr soziale Sicherheit und einen demokratischen Eingriff in die Wirtschaft ermöglicht* (Riexinger 2020, 48–54) – oder auch nicht. In jedem Fall wird jede Klimapolitik zugleich eine konfliktthafte Klassenpolitik sein (Dörre 2019c, 47). Denn wie Naomi Klein zurecht feststellt:

»Wer zu den Gewinnern unseres Wirtschaftssystems gehört und von noch größeren Gewinnern bezahlt wird [...], wird sich bei jedem Bemühen um eine klimafreundlichere Gesetzgebung von dem Gedanken leiten lassen, die Veränderungen so minimal wie möglich zu halten und den Status Quo weitgehend zu erhalten.« (Klein 2019c, 77)

Das gilt für effiziente Klima- und Umweltschutzmaßnahmen, das gilt aber auch für das heute erreichte Maß an sozialer Ungleichheit und Unsicherheit, das die prekäre Zweidrittelgesellschaft prägt.

Der Wohlfahrtsstaat ist für die möglichen Zukünfte unserer Gesellschaft entscheidend. Er bestimmt darüber mit, wie groß die soziale Ungleichheit und Unsicherheit in Deutschland ist, welche Lebenschancen die Menschen haben, wie das Machtgefälle zwischen den Gesellschaftsklassen genau aussieht, wie die Wirtschaft funktioniert (siehe Kap. 2.1 – 2.2).

Genau darum ist Wohlfahrtsstaatspolitik dafür entscheidend, wie eigentlich die oben angesprochene ökologische Transformation unserer Wirtschaft und unserer Gesellschaft genau aussehen wird. Ein ökologischer Umbau kann – wie im Rahmen des heute politisch vorherrschenden Ansatzes – als marktwirtschaftlicher Green New Deal gestaltet werden. Wirtschaftswachstum soll dabei durch Umwelt- und Klimaschutz erreicht werden, weil so neue Märkte entstehen – Konflikte mit größeren fossilen Kapitalgruppen spielen dabei keine Rolle, das Klima soll im Bündnis mit den Unternehmen geschützt werden. Es handelt sich um »Politik durch den Markt«, wozu aber durchaus staatliche Vermittlungen, Investitionen und Projekte gehören (können). Der Sozialstaat, wenn denn überhaupt, wird in dieser Strategie höchstens für die Abfederung des Umbaus gebraucht.

Aber denkbar sind auch linkssozialdemokratische oder sozialistische Varianten des Green New Deal (siehe Kap. 2.3). Sie teilen zwei Gemeinsamkeiten. Erstens wird in diesen Konzepten der Kampf gegen die Zerstörung der ökologischen Existenzgrundlagen